

Frauenbeitrag

Für eine gerechte Mütterrente

Wir Frauen im SoVD haben gemeinsam mit den Frauen der Volkssolidarität, des Deutschen Frauenrates und von ver.di eine bundesweite Unterschriftenaktion für eine gerechte Mütterrente am Tag der Deutschen Einheit im vergangenen Jahr gestartet. Anlass war und ist die andauernde Kritik an der Ungleichbehandlung bei den Kindererziehungszeiten in Ost und West.

Das Rentenpaket ist am 1. Juli 2014 in Kraft getreten und damit einhergehend eine Verbesserung der Mütterrente. Für alle vor 1992 geborenen Kinder werden statt bisher einem künftig zwei Jahre Kindererziehungszeiten angerechnet.

Trotz ihres Namens gilt die Mütterrente natürlich auch in gleichem Maße für die Erziehungszeiten von Vätern, wenn die Erziehungszeiten ausnahmsweise nicht der Mutter, sondern dem Vater zugeordnet worden sind. Mit der Mütterrente soll die Lebensleistung von Müttern bzw. Vätern beim Rentenbezug gewürdigt werden, deren Kinder vor 1992 geboren sind. Für ab dem Jahr 1992 geborene Kinder werden hingegen – nach wie vor – drei Kindererziehungsjahre angerechnet.

Wir Frauen im SoVD finden, das ist ungerecht. Warum ist die Erziehung älterer Kinder weniger wert als die jüngerer? Warum ist die Erziehung der Kinder durch eine Adoptivmutter bzw. einen -vater weniger wert als die der leiblichen Mutter bzw. des leiblichen Vaters? Warum ist die Erziehung im Westen mehr wert als die im Osten? Wir Frauen im SoVD können diese Ungerechtigkeit nicht akzeptieren.

Wir fordern eine Gleichbehandlung der Kindererziehungszeiten bei der Rente und dass die Mütterrente nicht länger aus der Rentenkasse finanziert wird. Bis zum Internationalen Kindertag am 1. Juni 2016 wollen wir Unterschriften sammeln und an Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel übergeben. Werben Sie in Ihren Landesverbänden für eine Beteiligung an der Unterschriftenaktion! Legen Sie die Unterschriftenlisten bei anstehenden Treffen in Ihren Kreis- und Ortsverbänden aus! Auf www.sovd.de finden Sie weitere Infos. Mit der Aktion wollen wir Frauen politischen Druck aufbauen, um eine Gleichbehandlung der Kindererziehungszeiten bei der Rente zu erreichen. Unterstützen Sie daher unsere Unterschriftenkampagne!



Edda Schliepack
Sprecherin der
Frauen im SoVD

Frauen bereiten sich auf weitere Kampagnen zur Entgeltgleichheit vor

Was die eigene Arbeit wert ist

Unter dem Motto „Was ist meine Arbeit wert?“ hat die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, Ende des Jahres die Equal-Pay-Day-Kampagne 2016 eingeleitet. Die Auftaktveranstaltung fand gemeinsam mit dem „Forum Equal Pay Day“, das wiederum durch die „Business and Professional Women Germany e.V.“ (BPW) getragen wird, statt.

120 Teilnehmende aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft diskutierten mit den Vortragenden das neue Schwerpunktthema Berufe mit Zukunft. Für den SoVD nahmen Präsidiumsmitglied und Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack und SoVD-Frauenreferentin Dr. Simone Real teil.

Manuela Schwesig betonte: „Wir brauchen ein Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit. Frauen müssen darauf vertrauen können, dass sie fair bezahlt werden, auch wenn es nicht möglich ist, das Gehalt des Kollegen einzeln zu erfragen.“ Sie ergänzte: „Unternehmen sind zwar jetzt schon dazu verpflichtet, Lohndiskriminierung zu beseitigen, es ist aber oft schwierig, Lohndiskriminierung überhaupt konkret zu erkennen und zu beweisen. Deshalb wollen wir mit unserem Gesetz Transparenz bei den Lohnstrukturen als Teil einer modernen Arbeitswelt und eines modernen, nachhaltigen Personalmanagements etablieren.“ Der kanadische Bundesstaat Ontario habe damit schon seit mehr als 25 Jahren Erfahrung: Seit 1988 gebe es den Pay Equity Act, das sogenannte Entgeltgleichheitsgesetz.

Emanuela Heyninck, Leiterin der „Pay Equity Commission“ in Ontario und Mitglied im BPW Canada, berichtete anschließend über das Gesetz, das alle Stellen im öffentlichen

Sektor sowie private Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeitenden verpflichtet, Vergütungssysteme einzuführen, die gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit garantieren.

Als weiteren inhaltlichen Schwerpunkt des Tages interviewte Edda Schliepack, Präsidiumsmitglied und Bundesfrauensprecherin des SoVD, Hilde Mattheis (MdB/SPD und stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit und Berichterstatte für die Bereiche Pflege, Psychiatrie, Armut und Gesundheit zur Fragestellung), wie die Altenpflege attraktiver gestaltet werden könnte. Aus Sicht des SoVD, so Schliepack, seien Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen nötig, um wirksame Verbesserungen in der Pflege zu bewirken.

Der Personalmangel in der Altenpflege werde sich künftig erheblich verschärfen. Das gehe aus dem SoVD-Positionspapier „Gute Pflege braucht starke Kräfte“ hervor, das sie gleichzeitig vorstellte. Insbesondere die Ausbildungssituation müsse sich verbessern, betonte die SoVD-Bundesfrauensprecherin. Hilde Mattheis warb daraufhin für eine monetäre Aufwertung, gesellschaftliche Wertschätzung und die notwendige Reform der Ausbildungssysteme in der Altenpflege. Das Interview wurde unter www.equal-payday.de veröffentlicht.

Neue wichtige Impulse für eine gerechte Arbeitswelt gaben auch weitere Expertinnen und Experten.



Foto: Businessfotografie Inga Haar

SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack interviewte Hilde Mattheis (MdB/SPD) zum Thema Pflege.

SoVD im Gespräch



Foto: contrastwerkstatt/fotolia

Auch ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen können sich nach einem aktuellen Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziale Sicherung künftig in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung fördern lassen. Der SoVD begrüßt dieses Vorhaben und regt gleichzeitig weitere Neuerungen an.

Förderung der beruflichen Weiterbildung

In einer Stellungnahme hat der SoVD Position zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung der Bundesregierung bezogen. Der im Bundesministerium für Arbeit und Soziale Sicherung (BMAS) erarbeitete Referentenentwurf hat u. a. zum Ziel, die Arbeitsmarktchancen für gering qualifizierte, langzeitarbeitslose und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern. Laut Entwurf kann ein Teil dieser Personengrup-

pe – verglichen mit anderen Ländern – weniger gut lesen, schreiben und rechnen. Wegen fehlender Grundkompetenzen haben die Betroffenen oftmals nicht die Möglichkeit, an einer Weiterbildung teilzunehmen. Aus diesem Grund sieht der Neuregelungsvorschlag vor, dass Weiterbildungskosten zum Erwerb von Grundkompetenzen übernommen werden können, um anschließend an einer abschlussbezogenen beruflichen Weiterbildung teilnehmen zu können. Darüber hinaus beinhaltet der Referentenentwurf in seiner aktuellen Neufassung die Möglichkeit, dass sich über 45-Jährige in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung fördern lassen können.

Der SoVD begrüßt die Anstrengungen der Bundesregierung, die berufliche Weiterbildung und Qualifizierung voranzutreiben. Notwendig ist aus Sicht der Verbandes zudem auch ein Ausbau der beruflichen Rehabilitation. Denn auch Menschen mit Behinderung besitzen große Qualifikationsreserven.

Auch die Erweiterung des Versicherungsschutzes in der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung im Rahmen einer erweiterten Elternzeit (nach dem vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes) begrüßt der Verband. Als weitere Maßnahme zur Verbesserung hält es der SoVD für dringend notwendig, die Rahmenfrist zum Erwerb von Anwartschaften zu verlängern.